

POLITISCHER BERICHT TSCHECHIEN

September 2003

ÜBERSICHT

- **Parteipolitische Entwicklung**
- **Innenpolitische Entwicklung**
- **Deutsch-Tschechische Beziehungen**
- **Tschechien und die EU**
- **Info-Mail**

Parteipolitische Entwicklung

Laut Meinungsumfragen der Institute STEM und CVVM vom September würden die ODS 32% (STEM) bzw. 28,5% (CVVM) der Wahlberechtigten, die Sozialdemokraten (ČSSD) 17,2% bzw. 16,5%, die Kommunisten (KSČM) 16% bzw. 14%, die Christdemokraten (KDU-ČSL) 7,9% bzw. 7,5% und die Freiheitsunion (US-DEU) nur 2,6% bzw. 3% wählen. Sollten im September Parlamentswahlen stattfinden, würde somit die ODS auf der Basis der von STEM gemessenen Wählerpräferenzen 88, die ČSSD 47, die KSČM 44 und die KDU-ČSL 21 Mandate erhalten, was eine Regierungskoalition der ODS mit der KDU-ČSL ermöglichen würde.

Am 8. September kündigte Umweltminister Libor Ambrozek (KDU-ČSL) an, dass auf dem Parteitag der Christdemokraten, der vom 8. - 9. November 2003



in Ostrau (Nordmähren) stattfindet, für die Funktion des Parteivorsitzenden kandidieren wird. Neben dem Parteivorsitzenden, Außenminister Cyril Svoboda, der wieder antreten will, ist er nach Jaromír Talíř, Fraktionsvorsitzender der Christdemokraten im Abgeordnetenhaus, und Miroslav Kalousek, Vorsitzender des Haushaltsausschusses des Abgeordnetenhauses, der dritte Kandidat für die höchste Parteifunktion.

Senator und Außenminister a.D. Jozef Zieleniec lehnte das Angebot der US-DEU ab, auf ihrer Liste für das Europäische Parlament zu kandidieren. Zieleniec stellte eine eigene Kandidatenliste auf, die von den Europäischen Demokraten unter Führung von Jan Kasl und der „Vereinigung der Unabhängigen“ unterstützt wird.

Am 22. September 2003 legte die ehemalige Vorsitzende der US-DEU Hana Marvanová (US-DEU) aus familiären Gründen (Geburt eines Kindes) ihr Abgeordnetenmandat nieder. Sie wurde vom Vorsitzenden der Prager US-DEU Tomáš Vrbík abgelöst.

Am 27. September 2003 stellte die Freiheitsunion (US-DEU) ihr neues Parteiprogramm „Agenda 12“ der Öffentlichkeit vor. Ziel des Programms ist es, die Partei aus ihrem derzeitigen Tief in den Wählerumfragen (ca. 2%-3%) zu einem Wahlsieg mit 12% im Rahmen der im nächsten Jahr anstehenden Wahlen (Europawahlen, Regional- und Senatswahlen) zu bringen. Symbol der neuen Parteiorientierung ist ein verändertes Parteilogos (der Baum wird durch europäische Sterne ersetzt).

Innenpolitische Entwicklung

Am 24. September 2003 beantragte die ODS einen Misstrauensantrag gegen die Regierung. Die erfolgte Abstimmung am 26. September, wobei der Misstrauensantrag mit 100 Stimmen gegen und 98 Stimmen und einer Stimmenthaltung nicht angenommen wurde. Bei der öffentlichen und namentlichen Abstimmung unterstützen alle anwesenden Abgeordneten der Oppositionsparteien - insgesamt 98 (58 Abgeordnete der ODS und 40 Abgeordnete der KSČM), da ein Abgeordneter der Kommunisten aus Krankheitsgründen fehlte -



das Misstrauensvotum, alle Abgeordneten der Regierungskoalition (69 Abgeordnete der ČSSD, 21 Abgeordnete der KDU-ČSL und 10 Abgeordnete der US-DEU) stimmten dagegen. Der Ende Juli 2003 aus der ČSSD-Fraktion ausgetretene sozialdemokratische Abgeordnete Josef Hojdar enthielt sich der Abstimmung. Die Regierung von Premierminister Vladimír Špidla überstand auch dieses Misstrauensvotum. Der nächste „Stimmungstest“ ist wohl für die Abstimmung über den Staatshaushalt am Ende des Jahres zu erwarten.

Unmittelbar nach dem Misstrauensantrag, also noch am 26. September, verabschiedete das Abgeordnetenhaus unerwartet problemlos elf Steuer- und Sozialgesetze, die den Grundstein der Reform der öffentlichen Finanzen in Tschechien bilden. Bei der Abstimmung kamen die Abgeordneten teilweise den Protesten der Gewerkschaften hinsichtlich einer Milderung der negativen sozialen Auswirkungen der Reform entgegen. So werden im Rahmen der zukünftigen Erhöhung der Altersgrenze zum Renteneintritt im Gegensatz zum Regierungsvorschlag Frauen mit einem oder mehreren Kindern auch weiterhin früher das Rentenalter erreichen (59-62 Jahre) als kinderlose Frauen oder Männer (63 Jahre). Grundsätzlich blieb jedoch der Inhalt der Gesetzesvorschläge der Regierung unverändert. Dem aus der ČSSD-Fraktion ausgetretenen Abgeordneten Josef Hojdar, gelang es nicht, die Kürzung des Krankengeldes in den ersten drei Krankheitstagen zu verhindern. Sollten die Gesetze in der gegenwärtigen Form auch vom Senat verabschiedet werden, wird nach Schätzungen des Finanzministeriums das Haushaltsdefizit im nächsten Jahr die Grenze von 115 Milliarden Kronen (ca. 3,6 Milliarden EUR) nicht überschreiten. Die Regierung sollte ihr Ziel einer progressiven Senkung des Defizits der öffentlichen Haushalte von zurzeit 6,2% des BIP auf max. 4% des BIP im Jahr 2006 erreichen. Die Sanierung der öffentlichen Finanzen soll vor allem durch geringere Einkommenssteigerungen für den öffentlichen Dienst, Kürzungen des Krankengelds, geringere Rentenerhöhung und sukzessive Verschiebung der Altersgrenze für den Renteneintritt bis auf 63 Jahre im Jahr 2013 sowie eine verbesserte Kontrolle der Leistungen im Rahmen der Sozialhilfe geschehen. Höhere Staatseinnahmen sollen hingegen vor allem eine Reihe von Steuererhöhungen bringen. So soll die Mehrwertsteuer für einige Dienstleistungen von 5% auf den Regelsteuersatz von 22% erhöht werden. Auch



Verbrauchssteuern für Kraftstoff, Alkohol und Tabak werden ansteigen. Ferner wird eine Mindesteinkommensteuer für Selbständige eingeführt. Schrittweise ermäßigt werden soll hingegen die Körperschaftssteuer von derzeit 31% auf 24% im Jahr 2006 sowie pauschal die Grunderwerbssteuer von derzeit 5% auf 3% im nächsten Jahr.

Deutsch-Tschechische Beziehungen

Laut der Tageszeitung „Právo“ vom 2. September erklärte Premierminister Vladimír Špidla in einem Interview für die „Süddeutsche Zeitung“ vom 1. September auf die Frage, was er von einer humanitären Geste aus Mitteln des Deutsch-Tschechischen Zukunftsfonds für schwer geschädigte sudetendeutsche Opfer der Vertreibung halte, dass ein solcher Vorschlag unausgewogen sei. Er sei sich nicht sicher, ob er den Prinzipien und Zielen des Zukunftsfonds entspreche. Statt des Zentrums gegen Vertreibungen solle nach Špidlas Meinung eher ein Zentrum gegründet werden, das sich mit Kriegen und Kriegsfolgen allgemein befasst. Vertreibungen sollten nicht isoliert, sondern im Rahmen einer allgemeinen Analyse von Gründen und Folgen von Konflikten erforscht werden.

Am 17. September 2003 trafen sich Bundeskanzler Gerhard Schröder, Präsident Václav Klaus, die Präsidentin des ungarischen Parlaments Katalina Szilivová und der polnische Präsident a.D. Lech Walesa in Passau, um über die zukünftige Entwicklung Europas zu diskutieren. In einer Pressekonferenz am Rande des Treffens sagte Präsident Klaus, er sei gegen alle Versuche an der Vergangenheit etwas ändern zu wollen und bezeichnete diese als „unproduktiv“. Der Stand der deutsch-tschechischen Beziehungen sei der beste in der Geschichte. Hinsichtlich des Zentrums gegen Vertreibungen zeigte sich Klaus skeptisch. Eine solche Initiative hätte seiner Meinung nach „politische Untertöne“ (Právo, 18. September).

Der Sieg der CSU in den Landtagswahlen in Bayern wurde von allen Tageszeitungen kommentiert. „Gestärkt durch den gestrigen Sieg wird die CSU sicherlich versuchen ihren Triumph in einen schärferen Kurs gegenüber Schröders rotgrüner Koalition umzuwandeln und dasselbe kann man gegenüber Tsche-



chien erwarten“, kommentierte die Wahl am 22. September der Kommentator der Právo Jan Kovařík.

Im Rahmen seiner Rede im Prager Palais Žofín am 25. September 2003, deren Inhalt eine scharfe Kritik an der Politik der Regierung von Vladimír Špidla war, verglich Premierminister a.D. Miloš Zeman das Aussehen des Vorsitzenden der Sudetendeutschen Landsmannschaft Bernd Posselt MdEP mit dem von Adolf Hitler.

Tschechien und die EU

Im Rahmen ihres multilateralen Beratungstreffens, das in Prag am 1. September auf Initiative des tschechischen Premierministers Vladimír Špidla und des österreichischen Bundeskanzler Schüssel stattfand, sprachen sich die Staatssekretäre und Stellv. Außenminister von 18 kleineren und mittleren Mitglieds- und Kandidatsstaaten der EU für einige Veränderungen des vom EU-Konvent vorgelegten EU-Verfassungsvertrags aus. Tschechien besteht darauf, dass jedes Mitglied der EU einen vollwertigen Kommissar beibehalten soll und dass die qualifizierte Mehrheit bei Abstimmungen im Ministerrat in 60% der Mitgliedsstaaten, die 60% der EU-Bürger vertreten, gegeben sein soll. Das Treffen diene als Vorbereitungsrunde der Regierungskonferenz, die am 4. Oktober in Rom stattfinden wird.

Info-Mail

Der von Staatspräsident Václav Klaus vorgeschlagene Kandidat zum Verfassungsrichter, Rechtsanwalt Aleš Kejchal, wurde am 10. September vom Senat schon zum zweiten Mal abgewiesen. Auch weitere Kandidaten von Klaus, Prof. Václav Pavlíček, Vladimír Balaš und Klára Samková-Veselá, fanden bei den Senatoren keine Unterstützung. Das tschechische Verfassungsgericht bleibt demnach mit 11 von 15 Richtern auch weiterhin unvollständig besetzt. +++ Am 16. September ernannte offiziell Staatspräsident Václav Klaus den bisherigen Rechtsanwalt Karel Čermák zum neuen Justizminister.



Prag, den 2. Oktober 2003

Frank Spengler/ Petr Blazek